

Heinz W. Bartels
Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg – Tel.: 040-64662182
E-Mail: hwbham@googlemail.com

Heinz W. Bartels, Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
c/o Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Strasse 1

10557 Berlin

Hamburg, 04. Oktober 2010

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
Liebe Frau Dr. Merkel,

es ist nun schon wieder über einen Monat her, dass ich Ihnen geschrieben habe. Auch Ihre Antwort, in der Sie sich verteidigt und mir ein Versehen dargelegt haben, liegt auch schon lange zurück. Durch Ihre wirklich schnelle Antwort keimte in mir schon Hoffnung – Hoffnung dahingehend, dass die politische Führung den Souverän als gleichwertigen Partner betrachtet. Offensichtlich habe ich mich hier sehr getäuscht: meine Fragen aus meinem Brief vom 26.08. wurden mit der Arroganz des Principes missachtet. Das ist wirklich sehr schade und fördert nicht die auch von Ihnen immer wieder geforderte Bürgernähe zur und Bürgerbeteiligung an der Politik.

Ich will an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich auf die Schriften des Herrn Niccoló Machiavelli verweisen, dessen Äusserungen zu den Zyklen in einer Republik Ihnen ja sicher bekannt sind. Allerdings sollte ich anmerken, dass Machiavelli durchaus nicht in der Gnade der herrschenden Medici stand. Er wurde in den Kerker geworfen, „Il Principe“ – in deutscher Übersetzung „Der Fürst“ – erst nach seinem Tode veröffentlicht.

Auch zeigt das Verhalten der politischen Führung der Bundesrepublik heute gegenüber den Untertanen, dass Ihr Juniorpartner, Herr Dr. Westerwelle, durchaus in der richtigen Richtung denkt wenn er von einer Entwicklung „altrömischer Dekadenz“ spricht. Hier outet er sich einmal ganz ehrlich – obwohl ich der Meinung bin, dass ihm dieses gar nicht bewusst war oder ist. Im alten Rom gehörten zum Volk nämlich ausschliesslich die Freien, die Besitzenden und die Reichen. Einzig die Oberschicht Roms frönte der „spätromischen Dekadenz“. Die Mehrheit der Römer - Bauern, Handwerker, kleine Gewerbetreibende und Sklaven - kämpfte wie eh und je ums tägliche Überleben.

Das trifft doch auch heute für Deutschland zu: nie waren die Besitzenden reicher als heute, nie zahlten Unternehmen weniger Steuern, zu keiner Zeit wurden sie mit so vielen Milliarden oder Steuergeschenken entlastet oder bedacht. Nie hatten Arbeitnehmer so wenig übrig vom Lohn für ihre Arbeit; und nach den neusten Gesetzesideen Ihrer Regierung geht das doch so weiter. Seltsam, dass sich gerade

Heinz W. Bartels

Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg – Tel.: 040-64662182

E-Mail: hwbham@googlemail.com

Herr Dr. Westerwelle darüber erzürnt; es passt doch genau in sein persönliches Profil der Klientelpolitik, der Sie und Ihre Partei sich (cui bono!) fügt und unterordnet.

Das Römische Reich ist untergegangen (sieht auch Herr Westerwelle schon einen bevorstehenden Untergang seiner Regierung?) – was wird mit der Bundesrepublik Deutschland passieren? Es liegt auch in Ihrem Handeln, Frau Bundeskanzlerin! Die von Herrn Westerwelle und seinen Vasallen demonstrierte Arroganz ist mit Sicherheit keine Hilfe zur Lösung von Problemen in der politischen Landschaft.

Sicher darf und will ich nicht unfair sein bei der Anmahnung zur Beantwortung für mein Verständnis wichtiger Fragen. In den vergangenen Wochen hatten Sie viel zu tun:

Da standen Reden und Diskussionen in New York auf dem Programm. Hierbei haben Sie ja gute Unterstützung durch Ihren Mitarbeiter und Freund Westerwelle gefunden. In seiner nun schon etwa ein Jahr dauernden Mitarbeit in Ihrer Regierung hat er auch grosse Fortschritte gemacht: er konnte schon einen Satz ohne Konzept in Englischer Sprache vortragen! Einen Lapsus, den er sich in seinem deutschen Text (nach Manuskript) geleistet hat, sollte nicht so oft vorkommen; hieraus können leicht diplomatische Konflikte entstehen.

Allerdings waren die Ergebnisse in New York ja eher nicht so toll:

Auf der Welt leben etwa 6,7 Milliarden Menschen; davon sind etwa eine Milliarde dauernd unterernährt, täglich sterben 37.000 Menschen an den Folgen des Hungers. Zur gleichen Zeit stellt die FAO fest, dass die Landwirtschaft der ganzen Welt ohne Probleme 12 Milliarden Menschen ernähren könnte – das ist beinahe das Doppelte der Weltbevölkerung. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gibt es objektiv keinen Nahrungsmangel mehr. Ein Kind, das jetzt, während ich dies schreibe oder Sie dies lesen, an Hunger stirbt, wird ermordet durch eine kannibalische Weltordnung.

Hieran, Frau Bundeskanzlerin, tragen Sie eine Mitschuld!

Ich bin mir durchaus bewusst, dass dies eine ungeheuerliche Behauptung ist. Deshalb will ich den Versuch zu einer Begründung unternehmen: Die Vereinten Nationen sind nicht mehr handlungsfähig. Es herrschen heute nicht mehr die Staaten - es sind die Mächte und Oligarchien des Finanzkapitals in unserer Welt, die nach den Grundsätzen der Profitmaximierung die Macht ausüben ohne an Normen gebunden zu sein; sie fühlen keine Verantwortung dafür, dass auf der Welt Menschen verhungern.

Multinationale global operierende Unternehmen springen auf die „Masche“ regenerativer Energien und fördern die Produktion von Treibstoff aus Agrarprodukten mit dem Sinn zur Erhöhung der Shareholdervalues. Dabei ist es ihnen gleichgültig, dass Millionen von Tonnen notwendiger Grundnahrungsmittel verbraucht werden und der Welternährung nicht zur Bedarfsdeckung zur Verfügung stehen. Die EU fördert die Herstellung von Agrartreibstoffen. Es ist ihr egal, dass dadurch in Schwellenländern viele Hektar Wald abgeholzt werden, dass Bauern dort Land

Heinz W. Bartels

Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg – Tel.: 040-64662182

E-Mail: hwbham@googlemail.com

geraubt wird, um dort statt Lebensmittel Palmöl und Zuckerrohr zu gewinnen. Selbstverständlich verdienen die Bemühungen der Industrieländer Anerkennung zur Unabhängigkeit von Erdöl zu kommen und damit auch Klima und Umwelt zu schützen. Solche Argumente rechtfertigen jedoch nicht das Verbrennen von Lebensmitteln – während alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren verhungert; das ist ein Verbrechen – ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit!

In jungen Jahren lernte ich den Inhalt des Begriffes „Waretermingeschäft“ kennen; es war ein Instrument, das den Erzeugern landwirtschaftlicher Produkte einen Preis gab zum Zeitpunkt der Ernte, es finanzierte die Periode des Wachstums.

Heute ist dieser Markt ein Instrument der Spekulation mit Nahrungsmitteln. Nachdem Hedgefonds in den Jahren der Krise viel Geld verloren haben spekulieren sie jetzt – ganz legal – auf Grundnahrungsmittel. UN Organisationen stellen fest, dass die Preise für Weizen, Reis und Mais explodiert sind; 37% der Preissteigerung dieser Grundnahrungsmittel entfallen auf Spekulationsgewinn. Etwa zwei Milliarden Menschen können sich danach die Grundnahrungsmittel nicht mehr leisten.

Die Europäische Union subventioniert Agrarprodukte. Die Folge ist, dass auch z.B. deutsches Geflügel und Gemüse auf afrikanischen Märkten für die Hälfte oder gar ein Drittel der Preise gekauft werden können, die für inländische Produkte verlangt werden müssen. Oberflächlich betrachtet sind dies „menschliche“ Hilfsleistungen zur Bekämpfung des Hungers in diesen Ländern.

Sie und besonders auch Ihr Minister Niebel betonen jedoch immer wieder die notwendige Nachhaltigkeit der Entwicklungshilfe. Und diese Form der Hilfe ist mitnichten nachhaltig: ein afrikanischer Bauer hat so nicht die geringste Chance durch den Anbau und Verkauf seiner Produkte ein Existenzminimum für sich und seine Familie zu erwirtschaften. Es wird immer und immer mehr Hungerflüchtlinge geben, die dann vom EU Militär an einer Einreise nach Europa gehindert und mit Gewalt aufs Meer zurück geschickt werden.

Im Rahmen von Umweltprogrammen zahlt die Bundesrepublik heute jährlich einen Beitrag von 500 Millionen Euro zur Erhaltung des Regenwaldes. Als Stromverbraucher muss ich einen Zuschlag zu meinen Stromkosten bezahlen. Mit diesem Geld wird auch Palmöl subventioniert, das als Bio-Kraftstoff zur Beheizung von Kraftwerken verwendet wird. Palmöl wird auf Plantagen gewonnen, deren notwendiges Land durch umfangreiche Rodungen des Regenwaldes geschaffen wird. Kraft Gesetz werde ich als Verbraucher gezwungen weitere Zerstörung der Natur zu finanzieren.

Was tun Sie und Ihre Minister dagegen, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin? Was können Sie mir dazu sagen?

Vielleicht kann man da sagen: *„Arbeit und Brot beenden die Not, die Kette der Knechtschaft zerbricht.“* Diese beiden Verszeilen sollten noch in Ihrer Erinnerung verhaftet sein!

Nun bin ich aber schon wieder von meinem eigentlichen Anliegen dieses Briefes weit abgekommen. Offensichtlich holen mich meine grundlegenden Gedanken immer wieder ein.

Ich will hier einmal an die Fragen erinnern, die ich Ihnen in meinem Brief vom 26. August dieses Jahres gestellt habe. Ich will nicht wieder ein ganzes Jahr damit warten und darf diese hier noch einmal wiederholen. Offensichtlich haben Sie diese nicht als solche erkannt.

Das ist die Frage nach den dem Steuerzahler entstandenen Kosten für Ihren Besuch der Wagnerfestspiele. Ich wollte besonders in diesem Zusammenhang erkunden in welchem Verhältnis diese stehen zu einem möglichen Besuch des Museums in Hamburg-Altona. Sie pflegen mit einem solchen Besuch einer Wagner-Aufführung Ihre Bildung; mit einem Museumsbesuch sollte die Bildung von Kindern aus dem Prekariat gefördert werden – eine Forderung, die nach Ihren Worten „voran gebracht“ werden muss. Bitte beantworten Sie mir diese Frage; ich meine, ein Recht auf eine Antwort zu haben.

Nun hat sich ja, sicher haben auch Sie davon gehört, die Situation ergeben, dass besagtes Museum vielleicht in Kürze geschlossen wird. Dass dies wieder ein Vorgang ist, der die Ferne politischer Institutionen zu den „Untertanen“ darstellt muss ich hier nicht ausdrücklich erwähnen. Herr Ahlhaus und seine Consorten sind mir in der Vergangenheit schon häufiger dahingehend aufgefallen, dass sie sich nicht mit Bürgern einlassen wollen oder deren konkrete Fragen beantworten. Sie delegieren solche Vorgänge lieber an die Exekutive. Ist es Feigheit, Bequemlichkeit oder Unfähigkeit? Jeder Grund ist ein verwerflicher.

Auch die Vorgänge um den Bahnhof in Stuttgart sind ein Paradebeispiel wie repräsentative Demokratie, die ein Kulturgut sein sollte, mit Füßen getreten wird. Einmal gewählt herrschen die politischen Führer nach dem Grundsatz des Principes und missachten die Meinung ihrer Wähler und des Volkes. „Wir sind das Volk“ dieser grosse politische Satz sollte auch für die politisch Handelnden zur Maxime werden. „Dann klappt es auch mit dem Regieren“ – möchte ich einen Satz aus der Werbung abwandeln.

Ich möchte gerne meine Meinung ändern, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin. Dazu benötige ich aber überzeugende Argumente auch von Ihrer Seite. Ich will gerne nicht weiter die Auffassung vertreten, dass das Kanzleramt ein Hinterzimmer für Lobbyisten und eine gelungene Location für Gruppenfotos ist, dass Politik in Deutschland eher eine Politcomedy ist in der sich Wildsäue und Gurkentruppen bekriegen.

Der Ordnung halber sei angemerkt, dass meine Meinung immer die (so genannte) demokratische Grundordnung als Basis hat.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz W. Bartels